



Mitteilungsblatt des Andreas Hofer Bund e.V.

Die Diskussion ist groß in Süd-Tirol bei den Oppositionsparteien, Was tun? Freistaat, Europaunion Tirol, oder Wiedervereinigung. Der Pressesprecher des Andreas Hofer Bund Deutschland Dipl. Ing. Joachim Hülscher, beleuchtet in dieser Ausgabe des Bergfeuer die Möglichkeiten, Vor- und Nachteile der „Euregio Tirol“.

Selbstbestimmung, ist das die Lösung? Ja, eigentlich das Ziel das jeder Süd-Tiroler anstreben sollte.....

(Süd-)Tirols Zukunft wird sich bald entscheiden. Diskutiert werden ja z. Z.: der Verbleib bei Italien mit einem (ungewissen) Autonomiestatus, eine Eigenstaatlichkeit (fälschlich immer als „Freistaat“ tituliert), die Wiedervereinigung mit Österreich (was historisch korrekt ist) und nicht zu vergessen wird immer wieder der Gedanke der „Euregio Tirol“ in die Diskussion gebracht. Zunächst ist den Befürwortern dieses Gedanken positiv zu unterstellen, dass auch sie sich Gedanken für ein „gemeinsames“ Tirol machen. Weiter ist positiv, dass die Befürworter das weitere Auseinanderdriften Nord- und Ost-Tirols von Süd-Tirol aufhalten wollen und die Tiroler Gemeinschaftsidentität befördern wollen.

Aber diesen Absichten steht die faktische Realität entgegen. Schon das Wort „Euregio“ stellt in seiner Definition klar, dass diese Region mindestens die Teilräume von zwei europäischen Staaten umfasst, es mithin kein „Einig Tirol“ staatsrechtlich darstellen kann, und sie

damit auch zu unterschiedlichen Rechtssystemen gehört. Hier sei nur daran erinnert, dass die Freiheitskämpfer nur im österreichischen Teil Tirols frei leben können, sie aber im italienischen Teil Tirols (Süd-Tirol) die Verfolgung durch den italienischen Staat fürchten müssen. Außerdem kann eine Euregio politisch nicht funktionieren, da sie keine politisch legitimierte Strukturen besitzt. Sie hat weder ein gemeinsames Parlament (Legislative), dass nach einheitliche Kriterien gewählt ist und einheitliche Rechtsnormen festsetzt (z. B. gleiche Sicherheit für die Freiheitskämpfer) noch hat sie/kann sie haben eine gemeinsame Verwaltung (Exekutive), die nach einheitlichen (und gleichen) Vorgaben handeln kann und muss.

Schon jetzt gibt es die Worthölse „Euregio“ in ganz Tirol, aber der einzelne Bürger merkt davon nichts, denn es gibt ja keine gemeinsame Wirtschaftspolitik oder ein gemeinsames Budget. Und das kann es auch nicht geben, da ja die Legitimität und damit die Legislative fehlt. Fazit: bei allem guten Willen sollten die Befürworter der „Euregio Tirol“ erkennen, dass ihnen mit diesen Worten von den Staats- und Landesregierungen gezielt etwas vorgegaukelt wird, was nicht real als Wiedervereinigungsgrundlage für Tirol dienen kann. Eine GEMEINSAME Zukunft Tirols kann es nur in einem gemeinsamen Staat geben, eine Eigenstaatlichkeit Süd-Tirols (als „Freier Staat Süd-Tirol“) kann dabei höchstens ein Zwischenschritt sein.



Dr. Eva Klotz (Mitte) mit ihrem Mann, rechts Karl Christmann, Finanzreferent AHB De e.V. im "Werdenfelser Hof" Partenkirchen

Garmisch Partenkirchen 15. November 2014

Südtirolvortrag von Dr. Eva Klotz in Garmisch-Partenkirchen

Anlässlich der Zusammenkunft der Bundesleitung des Andreas Hofer – Bund e.V. Deutschland in Garmisch – Partenkirchen war zu ihrer außerordentlichen Bundesversammlung die Landtagsabgeordnete des Südtiroler Landtag Dr. Eva Klotz als Gastrednerin geladen.

Kurz vor 16.00 Uhr füllte sich der „Schäfflersaal“ des Gasthauses „Werdenfelser Hof“ mit zahlreichen Mitgliedern des AHB e.V. und Gästen. Nach einer Begrüßung durch den Obmann des AHB e.V. Deutschland, Hermann Unterkircher der diese Veranstaltung hervorragend organisierte, ergriff Eva Klotz das Wort und schilderte eindrucksvoll, aus ihrer Perspektive betrachtet, die derzeitige wirtschaftliche und politische Situation in Südtirol. Landtagsabgeordnete Dr. Eva Klotz versuchte das Bild über Südtirol, das ja den meisten Menschen nur aus der schönegeredeteten Sicht der regierenden Mehrheitspartei SVP nahegebracht wird, ins rechte Licht zu rücken. Mit ihrer bekannt glänzenden Rhetorik gelang es ihr den andächtig lauschenden Zuhörern die derzeitigen Zustände in Südtirol eindrucksvoll und glaubwürdig zu vermitteln, die immer noch von der Fremdbestimmung durch Italien, vom Verbot der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, von einem gewissen wirtschaftlichen Niedergang mit hoher Jugendarbeitslosigkeit durch die Zugehörigkeit zu dem maroden Staat Italien und noch vielen anderen ungunstigen Zuständen geprägt sind.

Eva Klotz zeigte aber auch auf, indem sie auf eine im Saal hängende Fahne hinwies auf der stand SÜDTIROL IST NICHT ITALIEN, wie man die derzeitigen Zustände in Südtirol ändern könnte, wenn die Mehrheit der Südtiroler den nötigen Mut wie die Katalanen aufbrächten, sich durch Selbstbestimmung von Italien zu lösen. Als einzig richtigen Weg bezeichnet sie die Wiedervereinigung mit Tirol und die Rückkehr zu Österreich.

Das Publikum bedankte sich nach ihrem Vortrag mit einem stürmischen Applaus und stellte noch zahlreiche Fragen, immer Südtirol betreffend, an Eva Klotz, die sie, da als Landpolitikerin fachmännisch fundiert, hervorragend und zur Zufriedenheit der Fragesteller beantwortete. Der Abend endete mit einem gemeinsamen Abendessen mit Eva Klotz und ihrem Anhang, den der Obmann des Andreas Hofer – Bundes Tirol, Ing. Winfried Matuella der als Beobachter geladen war, wegen der Heimreise nach Innsbruck etwas früher verlassen musste um den letzten Zug zu erreichen. Einen Tag später verkündete Dr. Eva Klotz ihren Rückzug aus der Politik und als Abgeordnete im Süd-Tiroler Landtag.

Der AHB eV Deutschland hatte damit die Ehre den letzten öffentlichen Auftritt von Frau Klotz miterleben.

Hermann Unterkircher, Bundesobmann AHB e.V. Deutschland



Frau Dr. Klotz mit ihrem Mann und der Bundesvorsitzende des Andreas Hofer Bund e.V. Deutschland Hermann Unterkircher (Mitte) im Hotel Mercure in Partenkirchen

Heimatbund zum Rücktritt von Dr. Eva Klotz

Tirol wird immer ihr Herzensanliegen bleiben

Der Rücktritt von Dr. Eva Klotz ist auch für den Südtiroler Heimatbund der richtige Moment, um über die Jahrzehntelange gemeinsame politischen, aber auch menschlichen Zusammenarbeit mit der Gran Dame der Südtiroler Volkstumspolitik zurückzuschauen. Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes und Sepp Mitterhofer, ehem. und jetziger Ehrenobmann des Südtiroler Heimatbundes würdigen Evas Kampf für die Freiheit Tirols.

ROLAND LANG, Obmann des Südtiroler Heimatbundes: Es ist mehr als 30 Jahre her, dass ich Eva kennengelernt habe. Wir saßen 1981 ja bereits beide im Bundesausschuss des Südtiroler Heimatbundes. Eva war unter den alten Herren - im höchsten Gremium des SHB saßen ja fast nur politische Häftlinge - das liebe Mädchen, das die alten Kämpfer ein wenig „erziehen“ wollten. Schon bald aber wurde aus „unserer Evi“ eine selbstbewusste Kämpferin für Südtirol. Unvergessen die erste Regionalratssitzung, bei der Josef Kamelger der jungen frischgewählten Volksvertreterin am 13. Dezember 1983 im Regionalrat einen Blumenstrauß überreichte. Journalisten stellten einige Tage zuvor die Frage in den Raum, ob eine Vertreterin des SHB auf die Republik Italien schwören könne.

Hier zeigte Eva ihre politische Reife. In einer Medienmitteilung rechtfertigte sie ihren Eid auf die Verfassung. „Da Italien das Selbstbestimmungsrecht als inneritalienisches Recht anerkannt hatte und der Art. 10 der italienischen Verfassung besagt, dass sich die italienische Rechtsordnung dem Völkerrecht anpasst, kann ich diesen Eid ohne weiteres leisten“, so die Volkstumspolitiklerin. Eigenartigerweise fragte kein Journalist einen SVP Abgeordneten, warum er auf Italien schwöre. Die schönsten Momente mit Eva waren wohl ihre beiden Hochzeiten, die ich auch miterleben durfte. Bei der Zweiten war es dann auch der Richtige.

Aber so ist und wird die Eva immer bleiben: Sie glaubt immer an das Gute im Menschen- und wurde deshalb leider oft enttäuscht. Dennoch ist sie ein wunderbarer, hilfsbereiter Kamerad, mit dem man durch Dick und Dünn gehen kann. Verlässlich und gradlinig! Ich verstehe vollkommen diesen Schritt, den Eva jetzt setzt. Sie hat wirklich seit ihrer Jugend, auch in schwierigen Zeiten, die Flamme der Freiheit emporgehalten. Dass sie nun ein wenig im politischen Geschehen zurücktreten will, um noch einige Jährchen mit ihrem Hans zu verbringen, sei ihr von Herzen vergönnt. Ganz zurückziehen wird und kann sich die Eva sowieso nicht. Denn Tirol wird ihr, nach ihrem Mann, immer ihr zweites Herzensanliegen bleiben. Als Obmann des Südtiroler Heimatbundes wünsche ich Dir, liebe Eva, noch viele schöne Jahre in Gesundheit. Danke für alles, was Du für Tirol getan hast. Bleib wie du bist und lass uns die Möglichkeit, für einen Rat und manches Referat bei Dir vorstellig zu werden. Alles Gute!

Roland Lang; Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Lebenslauf von Dr. Eva Klotz: Ein Leben für die Freiheit! Eva Klotz ist am 4. Juni 1951 als erstes der sechs Kinder der Lehrerin Rosa Pöll und des Schmiedes und Freiheitskämpfers Georg Klotz in Walten, Gemeinde St. Leonhard/Passeier geboren. Nach der Volksschule ermöglichten ihr die Eltern den Besuch der Mittelschule in Meran, da es die Einheitsmittelschule noch nicht gab, und damit auch keine Weiterbildungsmöglichkeit im Heimattal. Es war die Unterbringung in einem Heim notwendig. Die 7 Jahre im Internat der Englischen Fräuleins in Meran waren prägend für ihre Bildung und Entwicklung.

Nach der Mittelschule besuchte sie die Lehrerbildungsanstalt in Meran. Sie schloss diese 1969 mit der Matura ab. Es folgte das Studium der Geschichte, Volkskunde und Philosophie an der Universität Innsbruck, das sie im Dezember 1974 mit der Promotion zum Doktor der Philosophie abschloss.

1975 trat Eva Klotz in den Südtiroler Schuldienst ein, 1976 erwarb sie die Lehrbefähigung für literarische Fächer. Bis zu ihrer Wahl in den Südtiroler Landtag im November 1983 übte sie den Lehrberuf an Oberschulen in Brixen und Bozen aus.

Nach dem Tod ihres Vaters im Jänner 1976 wurde sie im Südtiroler Heimatbund tätig, welcher 1974 als politischen Häftlinge gegründet Interessensvertretung der ehemaligen politischen Häftlinge gegründet worden war. 1977 wurde sie in den Ausschuss kooptiert, womit ihr Einsatz für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes an vorderster Linie begann.

Im Mai 1980 wurde sie als Unabhängige auf der Liste der Südtiroler Volkspartei in den Bozner Gemeinderat gewählt, in dem sie bis zu ihrer Wahl in den Landtag im November 1983 tätig war. Sie vertrat dort den Wahlverband des Heimatbundes. Nach der Wiederwahl im November 1988 bemühte sie sich mit Führungskräften des Südtiroler Heimatbundes, der damaligen Freiheitlichen Partei Südtirols und der Bewegung für Föderalismus um den Zusammenschluss der patriotischen Kräfte Südtirols. 1989 wurde die UNION FÜR SÜDTIROL gegründet, die im Südtiroler Landtag mit den 3 Abgeordneten Alfons Benedikter, Eva Klotz und Gerold Meraner sofort für die Selbstbestimmung tätig wurde. Noch vor dem Mauerfall hatten sie einen diesbezüglichen Beschlussantrag im Landtag eingebracht. Er ist wie vieles andere von der Mehrheit niedergestimmt worden.

Eva Klotz wurde als Kandidatin der UNION FÜR SÜDTIROL auch in den Jahren 1993, 1998 und 2003 für den Landtag wiedergewählt. Sie war Fraktionssprecherin und Mitglied in verschiedenen Kommissionen: In der ersten Gesetzgebungskommission, in der Kommission für Geschäftsordnung, der Interregionalen Kommission sowie in verschiedenen Untersuchungsausschüssen des Landtags.

Als das Zerstörungswerk von Andreas Pöder mit dem Putsch gegen die am Selbstbestimmungsanliegen

Dem Gründungsziel der UNION – festhaltenden Mehrheit der Landesleitung seinen Höhepunkt erreichte, trat sie im Mai 2007 mit einem großen Teil der Mitglieder aus der UNION FÜR SÜDTIROL aus.

Um weiterhin mit voller Kraft für die Selbstbestimmung arbeiten zu können, gründete sie mit allen anderen, die in der UNION wegen der Verteidigung der Gründungsideale nur noch angefeindet worden waren, die Bewegung SÜD-TIROLER FREIHEIT.

Eva Klotz ist seitdem Mitglied in der Landesleitung und im Hauptausschuss.

Bei der Landtagswahl 2008 errang die Bewegung auf Anhieb 2 Mandate und konnte diese bei der Wahl 2013 auf 3 aufstocken. Eva Klotz war auf verschiedenen Listen Kandidatin bei Europa-, Parlaments- und Gemeinderatswahlen. Sie hat in unzähligen Rundfunk- und Fernsehauftritten in Italien, Österreich, Deutschland und der Schweiz den Selbstbestimmungsanspruch der Südtiroler konsequent vertreten und beworben.

Sie hat an vielen internationalen Kongressen mitgewirkt, war mehrmals Beobachterin der katalanischen Selbstbestimmungsreferenden und hat an zahlreichen internationalen Treffen und Veranstaltungen der Freiheitsbewegungen teilgenommen. Bis heute ist sie Ansprechpartnerin für politische Parteien und Bewegungen in Italien und Europa, weil sie von jeher das Selbstbestimmungs- und Freiheitsanliegen aller Völker unterstützt und bewirbt. Sie hat die Biographie ihres Vaters Georg Klotz geschrieben, welche 2002 im Wiener Molden-Verlag erschienen und seit 2012 auch in italienischer Übersetzung verfügbar ist. In zahlreichen Publikationen sind ihre Beiträge zu Südtirol-politischen Themen veröffentlicht worden.

Sie hat wegen ihrer politischen Tätigkeit zahlreiche Gerichtsverfahren auf sich nehmen müssen, diese aber auch Dank exzellenter Verteidiger bis heute unbeschadet überstanden.

SÜD-TIROLER FREIHEIT Freies Bündnis für Tirol



Eva Klotz in Garmisch vor einem Haus mit dem "Besenplakat" auch hier gibt es Freunde für Süd-Tirol

Heimatbund: Erfreut über „Schuldurchgang Maria Damian“ in Leifers

Sehr erfreut ist der Südtiroler Heimatbund, dass in Leifers der Schuldurchgang nach Maria Damian benannt wurde. Sie war nicht nur eine hervorragende Lehrerin, sondern auch Kuratorin der Kinderzeitschrift „Der kleine Postillon“, so Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes. Mit diesen Heften wollte Kanonikus Gamper in der Faschistenzeit bereits bei den Kindern die Heimatliebe und die Tiroler Identität stärken. Es ist sehr erfreulich, dass ein mehrheitlich italienischer Gemeindeausschuss eine Frau ehrt, die sich für die deutsche Sprache und Kultur in Südtirol engagiert hat.

„Der kleine Postillon“ wurde 1924 von Kanonikus Michael Gamper gegründet, um der faschistischen Unterwanderung in den Südtiroler Schulen zumindest teilweise einen Riegel vorzusetzen. Herausgeberin war Maria Nicolussi. Sie war mit Kanonikus Gamper 1923 die Gründerin der sogenannten Katakombenschulen. Unter dem Synonym „Postmichl“ verfasste auch Gamper öfter kindgerechte, religiös-heimatliche Aufsätze im „Der kleine Postillon“.

Maria Dami, geboren 1887 in Trient, war Lehrerin und verstarb 1953 in Leifers. Sie war eine einfühlsame Erzieherin an der Grundschule in Leifers. Trotz Faschismus und Diktatur wurde sie eine enge Mitarbeiterin von Kanonikus Michael Gamper und Kuratorin der Zeitschrift für Kinder "Der kleine Postillon", deren erste Ausgabe auf das Jahr 1924 zurückgeht. Bereits nach der ersten Nummer wurde die Kinderzeitschrift verboten und konnte erst nach einem halben Jahr wieder erscheinen.

Es ist sehr erfreulich, dass ein Gemeindeausschuss, in dem 5 italienische- und ein deutscher Vertreter sitzen, einstimmig eine Welschtirolerin ehrt, die sich für die deutsche Sprache und Kultur in Südtirol eingesetzt hat. Für dieses mutige Zeichen einer echten Aufarbeitung der Tiroler Geschichte möchten wir der Bürgermeisterin Frau Dr. Liliana Di Fede und dem gesamten Gemeindeausschuss von Leifers unsere Hochachtung aussprechen, so der Südtiroler Heimatbund.

Roland Lang; Obmann des Südtiroler Heimatbundes

Aussagen von Kronbichler zum Autonomiekurs der SVP sind begrüßenswert

Die Volkspartei muss ihre Autonomienpolitik grundlegend ändern. Die Freiheitliche Landtagsabgeordnete Ulli Mair zeigt sich sehr erfreut über Florian Kronbichlers Interview gegenüber „Tageszeitung Online“. Der Parlamentarier riet der SVP ihren bisherigen Autonomiekurs aufzugeben und nicht länger den Schulterchluss mit den übrigen autonomen Regionen Italiens zu suchen, welche im Zuge der Verfassungsreform stark unter Beschuss stünden. „Es freut uns Freiheitliche, wenn ein politischer Linker unsere jahrelange Kritik an der Autonomienpolitik der SVP nun bestätigt“, schreibt Ulli Mair dazu in einer Pressemitteilung.

„Seit jeher fordern wir die SVP dazu auf, unsere Autonomie in Rom als unabhängige Vertreter Südtirols zu verteidigen. Wir warnten stets vor einer Anbiederung an den PD und hielten eine enge Zusammenarbeit mit anderen autonomen Regionen

nicht für hilfreich. Wenn Kronbichler nun sagt, dass es uns nichts bringe, mehr Rechte für alle autonomen Regionen einzufordern und wir besser daran täten, das Alleinstellungsmerkmal unserer Autonomie hervorzuheben, dann hat er vollkommen Recht“, pflichtet Mair dem Parlamentarier bei.

„Man kann unsere Autonomie in Rom nur glaubhaft verteidigen und ausbauen, wenn man den ethnischen Charakter dieser Autonomie vertritt. Wir besitzen die Autonomie aus einem einzigen Grund, nämlich weil die Mehrheit der Südtiroler eben keine Italiener, sondern Deutsche und Ladinier sind. Die SVP hat es zugelassen, dass dieser ethnische Charakter unserer Autonomie zunehmend in den Hintergrund geraten ist und höchstens am Rande erwähnt wurde“, unterstreicht die Freiheitliche Landtagsabgeordnete.

„Wenn andere Regionen Italiens nach mehr Selbstverwaltung und Unabhängigkeit von Rom streben, dann ist das ihre Sache. Wir sollten uns nicht in eine Reihe mit Sizilienern, Sarden und Venetern stellen, sondern darauf pochen, dass wir als sprachliche Minderheit eines besonderen Schutzes bedürfen. Dass auf diese Tatsache nun ein linker Südtiroler Parlamentarier aufmerksam macht, sollte der SVP doch stark zu denken geben“, schließt Ulli Mair.

Mebo: Deutsche Ortsnamen bekommen Vorrang

(Mebo ist die Schnellstraße zwischen Bozen und Meran Anm. der Red)

Der Landtagsabgeordnete der SÜDTIROLER FREIHEIT, Sven Knoll, hat in der aktuellen Fragestunde die Landesregierung zur Reihung der Ortsnamen auf den Straßenschildern der Mebo befragt. In den letzten Jahren sei nämlich zu beobachten gewesen, dass im Zuge von neuen Beschilderungen die italienischen Namen bzw. tolomeisch-faschistischen Konstruktionen vorrangig angeführt werden. Knoll bezeichnet diese Vorgehensweise als nicht akzeptabel, zumal es sich bei der Mebo um eine Landesstraße handle, und vor allem jedoch deshalb, weil der Eindruck entstehe, die pseudoitalienischen Ortsnamen seien im Grunde authentischer als

die historisch gewachsenen. Landesrat Florian Mussner hat zugesagt, in Hinkunft dafür Sorge zu tragen, dass auf den Straßenschildern der Mebo sowie auf den übrigen Landesstraßen die deutschen bzw. ladinischen Ortsnamen nunmehr erstgereiht aufscheinen werden. Mussners Zusage wertet Knoll als Schritt in die richtige Richtung. Als Nächstes will er die Möglichkeit prüfen lassen, ebenso entlang der Autobahn den deutschen bzw. historisch gewachsenen Ortsnamen den Vorrang zu lassen. Das eigentliche Ziel, so der Landtagsabgeordnete, sollte jedoch darin bestehen, auf den Gebrauch der faschistisch belasteten Ortsnamen gänzlich zu verzichten. Sven Knoll wörtlich: „Diese stellen bis heute eine Manipulation der Sprach- und Siedlungsgeschichte Süd-Tirols sowie seiner Bewohner dar“.

Nachtrag zum Kriegsbeginn vor 75 Jahren:

Vor 75 Jahren - Berliner Geheimkonferenz: Aussiedlung der Südtiroler war geplant! Der „Südtiroler Heimatbund“ (SHB) erinnert an ein düsteres Geschehen von 75 Jahren: Am 23. Juni 1939 versammelte sich unter dem Vorsitz des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, und in Anwesenheit des italienischen Botschafters Attolico eine illustre Runde hoher faschistischer und nationalsozialistischer Funktionäre im Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei in Berlin. Man kam überein, die nicht assimilationswilligen Südtiroler „in das Reich“ umzusiedeln. Darüber wurde nicht einmal ein regulärer Vertrag unterschrieben, das Ergebnis der Sitzung wurde nur in einem Besprechungsprotokoll festgehalten. Die ganze Sitzung hatte nur 110 Minuten gedauert. Mit der Preisgabe der Südtiroler wollte Hitler seinen bewunderten Freund und Gönner Mussolini dafür belohnen, dass dieser den „Anschluss“ Österreichs im Jahre 1938 geduldet hatte. Nun sahen sich die deutschen und ladinischen Südtiroler in einer „Option“ vor die Wahl gestellt: Im Lande bleiben und das eigene Volkstum und die eigene Kultur verlieren, oder die Heimat verlassen, um die eigene Identität zu bewahren. Diese schreckliche Wahl spaltete die Volksgruppe.

Jede Seite verdächtigte die andere schlechter Gesinnungen. Der Riss ging oft mitten durch die Familien, durch alle Berufsgruppen und auch den Klerus Südtirols. Rund 86 Prozent der Südtiroler optierten dann aus Verzweiflung für die Auswanderung nach für Deutschland. Kriegsausbruch und Bündniswechsel Italiens im Jahre 1943 verhinderten dann jedoch weitgehend die Durchführung der Umsiedlung. Nach 1945 verhinderten die Alliierten und ab 1946 der „Pariser Vertrag“ die von Rom geplante Vollenkung der Aussiedlung. Die Rückkehr bereits Umgesiedelter wurde jedoch durch zahlreiche behördliche Schikanen erschwert.

An 27. April 1961 beschloss der römische Senat in Fortführung faschistischer Unterdrückungspolitik ein Ausbürgerungsgesetz, welches den Verwaltungsbehörden erlaubt hätte, ehemaligen Optanten die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Damit hätte nahezu jeder missliebige Südtiroler jederzeit als Staatenloser ausgewiesen werden können.

Die „Feuernacht“ des Jahres 1961 verhinderte den endgültigen Beschluss des Gesetzes durch die Abgeordnetenversammlung. Das schändliche Vorhaben landete auf dem Müllhaufen der Geschichte. Das ist ein heute oft vergessenes Verdienst der damaligen Freiheitskämpfer.

Das Verdienst, die durch die „Option“ aufgerissene schmerzhaft Kluft mitten durch die Volksgruppe wieder geschlossen zu haben, kommt vor allem dem unvergesslichen Kanonikus Michael Gamper zu. Dadurch wurden die Südtiroler in die Lage versetzt, sich auch in den kommenden Jahrzehnten als geeinte Volksgruppe behaupten zu können. An dieses Werk der Versöhnung soll hier in Dankbarkeit erinnert werden. Heute richten wir den Blick in eine Zukunft, erklärt der Obmann des SHB, Roland Lang, welche das „Los von Rom“ bringen soll. Das Prinzip der Volkssouveränität und Selbstbestimmung aber stehe, so Lang, in scharfem Gegensatz zu nazistischen und faschistischen Ideologien und Tendenzen, denen es zu jeder Zeit eine Absage zu erteilen gelte.

Bereits vor 5 Jahren hatte der Südtiroler Heimatbund zum 70. Jahrestag der Option eine Broschüre heraus-

gegeben. Einige Restexemplare können beim SHB noch kostenlos angefordert werden.

Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes

SVP-Politik bedroht die Zukunft der Bezirkskrankenhäuser.

Der Landtagsabgeordnete der SÜD-TIROLER FREIHEIT, Sven Knoll, erhebt gegen die Führung der SVP den Vorwurf, kein Konzept für die Zukunft der Bezirkskrankenhäuser zu haben und damit deren Existenz zu gefährden. Anstatt sich gegen die römischen Vorgaben zur Schließung der Geburtsabteilungen mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, hat die SVP im Landtag einen Beschlussantrag der SÜD-TIROLER FREIHEIT zur Aufrechterhaltung der Geburtshilfeabteilungen niedergestimmt.

Die SÜD-TIROLER FREIHEIT hat im Landtag ein Konzept vorgelegt, wie man die Bezirkskrankenhäuser im Rahmen der Europaregion Tirol auch für Patienten aus Nord- und Ost-Tirol öffnen könnte, um somit deren Zukunft zu sichern.

Die SVP denkt jedoch gar nicht daran, dieses Konzept weiter zu verfolgen, sondern ergibt sich in treuer Gehorsamkeit den Vorgaben des italienischen Staates und gefährdet damit die Zukunft der Bezirkskrankenhäuser.

Es ist inakzeptabel, dass Rom darüber entscheidet, ob in Süd-Tirol Geburtshilfeabteilungen geschlossen werden!

Die bedingungslose Verbleib-bei-Italien-Politik der SVP hat inzwischen dazu geführt, dass Süd-Tirol mit der verbliebenen „Restautonomie“ nicht einmal mehr über die eigenen Krankenhäuser entscheiden kann.

L.-Abg. Sven Knoll, Süd-Tiroler Freiheit

Finanzabkommen: SVP übergeht Landtag und verschenkt Millionen an Rom.

Die SÜD-TIROLER FREIHEIT zeigt sich empört über das Verhalten der SVP, die ohne Zustimmung des Süd-Tiroler Landtages ein Finanzabkommen mit Rom abgeschlossen hat, das Süd-Tirol zu jährlichen Zahlungen von 475 Millionen Euro verdonnert. Nicht genug damit, dass die SVP nicht in der Lage war, die

Einhaltung der gültigen Finanzverträge einzufordern, muss das Land Süd-Tirol nun auch noch alle Rekurse vor dem Verfassungsgerichtshof zurückziehen und somit freiwillig (!) auf seine Rechte verzichten. Mit diesem Kuhhandel hat die SVP das Prinzip der Rechtsgültigkeit von Verträgen über Bord geworfen und Süd-Tirol damit noch enger an Rom gebunden.

Dieser Alleingang der SVP ist autonomiepolitischer Selbstmord, da damit ein Präzedenzfall geschaffen wird, der künftig weitere Brüche des Autonomiestatuts legitimiert. Jederzeit wird Italien darauf verweisen können, dass das Autonomiestatut nicht unantastbar ist, da Süd-Tirol ja selbst auf seine Rechte verzichtet hat.

Völlig unbeantwortet sind zudem folgende Fragen:

1. Für wie viele Jahre soll dieser wieder im Alleingang des Landeshauptmannes abgeschlossene Finanzvertrag Gültigkeit haben? Angesichts der Tatsache, dass Italien die vorhergehenden Finanzverträge wieder gebrochen hat.

2. Welche Rechte erwachsen der Republik Österreich im Falle eines Vertragsbruches durch Italien? Es ist lächerlich von einer internationalen Absicherung oder gar einer Garantiefunktion zu sprechen, wenn Österreich nur informiert wird, aber kein Interventionsrecht besitzt.

Zusammengefasst bedeutet das Abkommen:

Italien bricht rechtsgültige Finanzverträge mit Süd-Tirol, im Gegenzug muss Süd-Tirol noch mehr zahlen und muss auf alle Rechte verzichten.

Was daran ein Erfolg sein soll, weiß wohl nicht einmal die SVP selbst.

Der Andreas Hofer-Bund Tirol informiert.

Der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer **Johann Clement** ist am 31. Oktober 2014 am verstorben. Der Montaner, der sich bis ins hohe Alter guter Gesundheit erfreuen konnte und jahrzehntelang Leiter der örtlichen Musikkapelle war, ist 1961 infolge seiner Aktivitäten für die Freiheit Südtirols zu 8 Jahre und 10 Monaten verurteilt worden. 6 Jahre und 10 Monate seines Lebens verbrachte er im Gefängnis.

Er und seine Kameraden opferten Freiheit und oft auch ihr Leben um den Südtirolern wieder ihre Würde zu geben. Der Herr gebe ihm die ewige Ruhe.

Deutsche Sprache wird vergebens gesucht

Wichtige staatliche Institutionen bieten ihren Dienst in den wenigsten Fällen auf Deutsch an

Der Freiheitliche Landesparteiobermann und Abgeordnete Walter Blaas bemängelt den oberflächlichen Umgang mit der deutschen Sprache. Staatliche Stellen, wie die Steueragentur oder die Finanzpolizei verfügen über einen vorwiegend italienischen Internetauftritt, bei dem die deutsche Sprache in vielen Fällen vergebens gesucht wird.

„Die deutschsprachigen und ladinischen Bürger müssen sich auf den Webseiten von Trenitalia oder der S.I.A.E (Società Italiana degli Autori ed Editori) mit der italienischen oder englischen Fassung auseinandersetzen. Deutsch, immerhin öffentliche Amtssprache in Südtirol, ist nicht verfügbar, obwohl auch bei der S.I.A.E. die Zweisprachigkeitspflicht gelte. Bis jetzt ist davon aber noch nichts bemerkbar“, erklärt einleitend der Freiheitliche Landtagsabgeordnete Blaas. „Eine deutsche Übersetzung der beiden Seiten ist nicht vorhanden. Das Gleiche gilt für die Seite der Finanzwache und der Carabinieri“, unterstreicht Blaas.

„Die Südtiroler deutscher Sprache haben ein Anrecht auf eine Übersetzung“, fordert der Freiheitliche Abgeordnete, „denn für alle Staatsbürger gilt das Recht, dass die Dienste sprachlich zugänglich sind.

Besonders italienische Fachbegriffe müssen sachgerecht übersetzt werden.“

„Das nationales Institut für die Versicherung gegen Arbeitsunfälle INAIL verfügt über eine vorwiegend italienischsprachige Homepage“, erklärt Blaas und unterstreicht, dass lediglich bei der Staatspolizei einige deutsche Übersetzungen zu finden seien.

„Es kann nicht angehen, dass die Pflicht zur Zweisprachigkeit bei öffentlichen Körperschaften und Anstalten nicht eingehalten wird“, bemerkt abschließend der Freiheitliche Landtagsabgeordnete Walter Blaas, „obwohl die Informationen allen Staatsbürgern in verständlicher Weise zugänglich sein müssten. Die fehlerhaften oder gar nicht vorhandenen Übersetzungen macht aus der deutschen und ladinischen Sprachminderheit Bürger zweiter Klasse.“

Walter Blaas; Obmann „Die Freiheitlichen“

Andreas Hofer Bund Deutschland

Gruppe Saar-Pfalz

Die Gruppenabende finden in unregelmäßigen Abständen im Bürgerhaus Schöneberg statt.

Die Mitglieder bekommen dazu Einladungen.

AHB Tirol

Die Vereinszusammenkünfte finden immer am 2. Montag im Monat, um 19:30 Uhr, im Gasthof Sailer, Adamgasse 8, in Innsbruck statt.

Gruppe Stuttgart

Die Gruppe Stuttgart trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Zu den Zusammenkünften werden die

Mitglieder, Freunde und Interessenten jeweils persönlich eingeladen.

Wer daran interessiert ist zu den Treffen im Raum Winnenden ebenfalls eingeladen zu werden, möge sich bei der Gruppe melden. AHB-Gruppe Stuttgart Postfach 0114, D-71349 Winnenden.

Gruppe Freiburg Hochschwarzwald

In unregelmäßigen Abständen finden die Gruppenabende statt. Die genauen Termine sind bei der Gruppenleitung zu erfragen.

Termine des SSB im Jahre 2015

30 Januar, Buchvorstellung "Die Standschützen auf den Bergen des Ledrotals", Beginn: 20:00 Veranstalter: Schützenkompanie "Franz Höfler" Lana; Ort: Lana, Schützenheim

20. Februar Andreas Hofer Gedenkfeier in Mantua Veranstalter: Südtiroler Schützenbund, Bezirk Bozen, Ort: Mantua

22 Februar, Andreas Hofer Landesfeier in Meran 14:00 Uhr, Meran, Andreas Hofer Denkmal

20 März, als der Krieg vor die Haustür rückte. Vortrag von Dr. Michael Forcher, 20:00 Uhr

Veranstalter: SSB und SK Schenna; Schenna, Vereinshaus

Unterstützen Sie den Volkstumkampf unserer Landsleute im südlichen Teil Tirols und werden Sie Mitglied im Andreas Hofer Bund Deutschland e.V.

Redaktionsschluss für das nächste Berg-Feuer 2/2015 ist Mittwoch, der 15. April 2015

Impressum:

Herausgeber und Verleger: Andreas-Hofer-Bund e.V., Bundesleitung, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen
Der Andreas-Hofer-Bund ist parteipolitisch neutral. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Anschrift und Schriftleitung: Berg-Feuer, Hermann Unterkircher, 82467 Garmisch-Partenkirchen, Fax: 08821-946 1551

E-Mail: Schriftleitung@Bergfeuer.web.de

Verantwortlich i.S.d.P.: Bundesobmann Hermann Unterkircher, Postfach 11 16; D-82451 Garmisch-Partenkirchen

Druck: Kopierzentrum Homburg, Talstraße 53, 66424 Homburg, Fax.: 0 68 41 / 120 006

Bankverbindung: Postbank München: IBAN: DE58 7001 0080 0054 1008 01; BIC: PBNKDEFF

Österreich: Volksbank Kufstein: IBAN: AT44 4377 0000 0017 1883; BIC: VBOEATWWKUF